

Forderungen der Elternbeiräte Pro IGS zur Inklusion

Inklusion ohne Ressourcen ist wie Schwimmen ohne Wasser

Die Elternbeiräte der 10 Integrierten Gesamtschulen des Kreises Groß-Gerau und des Main-Taunus-Kreises diskutierten mit der Vorsitzenden des Landeselternbeirates Kerstin Geis über die Veränderungen im Zuge der Umsetzung von Inklusion.

Sie fordern

- Keine Deckelung der Ressourcen, sondern Zuweisung der Ressourcen nach tatsächlichem Bedarf. Doppelzählung der Schüler mit Förderanspruch oder so wie die VOSB vorgibt: 1 FöL für 7 SuS mit Förderbedarf.
- Gut arbeitende bestehende Systeme müssen erfolgreich weiterarbeiten können, d.h. Bestandsschutz für die ehemaligen „GU-Schulen“, damit diese sich zu Inklusiven Schulen entwickeln können.
- Wenn es Standorterweiterungen geben soll, dann mit Ressourcen der Förderschulen und keine Umverteilung unter den Regelschulen.
- Arbeiten in multiprofessionellen Teams: Förderschullehrkräfte sollen auch weiterhin an Integrierten Gesamtschulen in den Personalstamm gehören.
- Die Heterogenität an den Integrierten Gesamtschulen muss gewahrt werden.
- Kein Förderschulprofil an Integrierten Gesamtschulen (berufsbezogener Abschluss).
- Umfassende Aus- und Fortbildung der Regelschullehrkräfte
- Die Ausstattung muss gesichert und inklusivgerecht sein. Hier ist auch der Schulträger gefordert.
- Kleinere Klassen – wieder Einführung der Klassenobergrenzen von 23 SuS in inklusiver Beschulung.
- Schule muss planbar sein. Eltern, die sich für ihr Kind eine Schule ausgesucht haben, müssen sicher sein können, dass die

Fördermaßnahmen von Klasse 5 – 10 kontinuierlich weiterlaufen bzw. optimiert werden.

- Schulen, die sich schon auf den Weg der Inklusion begeben haben, als Berater einsetzen. Konzepte können übernommen werden und nicht jede Schule muss bei Null anfangen.

Der Forderungskatalog gilt als Vorlage für ein Pressegespräch der Eltern am 26.3.2013 in der AFS.